

Auftrag Theres Lepori, CVP, Berikon, vom 26. März 2013 betreffend Prüfung und eventuelle Förderung des Projektes "Zeitvorsorge" (Projekt der Freiwilligenarbeit) auch für den Kanton Aargau

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, ob analog dem Pionierprojekt "Zeitvorsorge" in St. Gallen, dieses Projekt auch im Aargau lanciert werden könnte, wo rüstige Rentnerinnen und Rentner zur persönlichen Zeitvorsorge gewonnen werden und daraus abgeleitet eventuell die Förderung zu diesem ergänzenden Angebot an Freiwilligenarbeit aufzuzeigen.

Begründung:

Wie in der neu erschienen Broschüre "Leitsätze zur Alterspolitik im Kanton Aargau" richtig festgehalten, soll das Alter selbstbestimmt und auch generationengerecht gestaltet werden können. Die Lebenserwartung generell und insbesondere bei guter Gesundheit ist deutlich angestiegen. Es eröffnen sich damit nicht nur für die/den einzelne/n Bürgerin/Bürger diesem Kanton neue Perspektiven sondern auch für die ganze Gesellschaft. Wie richtig festgehalten, brauchen ältere Menschen günstige Rahmenbedingungen um die Fähigkeit eines eigenverantwortlichen Lebens zu führen. Dies beginnt spätestens in der nachberuflichen Phase. – Zur Gruppe der "Zeitvorsorger" wie dies in Japan und neu auch in St. Gallen nun stattfindet, gehören rüstige Rentnerinnen und Rentner, welche sich eine Vorsorge in Stunden erarbeiten können als Guthaben und persönliche Vorsorge in Zeiten eigener Hilfsbedürftigkeit. Wir kennen die demographische Entwicklung und die daraus resultierenden Probleme in unserer Gesellschaft. Erwähnt sei die Einsamkeit unter Hochbetagten, ob in der Wohnform von Heimen oder im gewohnten Eigenheim. Die Zeitvorsorger sollen Leistungen erbringen, welche in unserem System zu kurz kommen und kaum finanzierbar sind. Als Beispiel könnte der Besuchsdienst gelten, eine wichtige Aufgabe, die sehr vielfältig gestaltet werden könnte (gemeinsam einkaufen, vorlesen, gemeinsam spielen, spazieren, etc.) Mit den Grundsätzen "ambulant vor stationär" wie auch dem Wunsch, möglichst lange im eigenen Heim verbleiben zu können, um den Heimeintritt hinauszuzögern oder gar umgehen zu können, bedingt den Ausbau der Betreuung. Betreuung ist weder von der Krankenkasse noch von der öffentlichen Hand vergütet, ist aber ähnlich wichtig wie die Pflege.

Es geht im Projekt vor allem darum, neue Bevölkerungsschichten für diese Unterstützungsleistungen gewinnen zu können. Es besteht dadurch die Aussicht, dass man sich dank dem eigenen Zeit-Konto später im hohen Alter eine Unterstützung leisten kann, wie sie heute und vor allem künftig kaum mehr finanzierbar ist. Ziel des Projektes ist die Erweiterung des Kreises von Freiwilligen, durch Motivation von zusätzlichen Pensionierten für diese wichtigen Dienste. Es geht in keiner Weise um das Konkurrieren bestehender Institutionen, im Gegenteil.

Unterzeichnet von 44 Ratsmitgliedern